



Evangelische
Stadtakademie
Bochum

Hans-Hermann Hertle

Die Rolle der Medien beim Fall der Berliner Mauer

Evangelische Stadtakademie Bochum, 4. November 2014

Von Politik und Wissenschaft völlig unerwartet brach die DDR im Herbst 1989 binnen kürzester Zeit wie ein Kartenhaus zusammen. Der entscheidende Moment dieses Zusammenbruchs war zweifelsohne der Fall der Mauer [in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989]. Nach den in Polen und Ungarn bereits eingeleiteten politischen Umwälzungen wirkte er als Fanal für die Revolutionen in Mittel- und Osteuropa und beschleunigte den Zerfall des sowjetischen Imperiums – kurze Zeit später brach die Sowjetunion zusammen.

Politische Jahrhundertereignisse sind seit jeher ein bevorzugtes Objekt der Mythenbildung. Und so verwundert es wenig, dass bis heute zahlreiche Legenden um den Fall der Mauer gewoben werden.

Bescherte ein historischer Irrtum den Deutschen den Fall der Mauer und in dessen Konsequenz die deutsche Einheit?

Steckten der KGB – oder die Stasi – Günter Schabowski jenen ominösen „Zettel“ mit der Reiseregung zu, deren Bekanntgabe zum Mauerfall führte?

Oder wollte Günter Schabowski mit der schwer verständlichen Verkündung einer neuen Reiseverordnung und des Zeitpunkts ihrer Inkraftsetzung („nach

meiner Kenntnis ... sofort, unverzüglich“) am frühen Abend des 9. November 1989 der DDR bewusst den Todesstoß versetzen?

War der Mauerfall gar die letzte Rache der SED, um die Bürgerbewegung um ihre Revolution zu betrügen?

Die Akten der SED, des DDR-Ministerrats und des Staatssicherheitsdienstes sind seit Beginn der 1990er Jahre offen, viele Beteiligte befragt und die Hintergründe der Entscheidungen und Ereignisse bis ins Detail ausgeleuchtet.

Vor diesem und vor dem Hintergrund meiner eigenen Forschungen möchte ich vorneweg in aller Deutlichkeit hervorheben:

Der Fall der Mauer war weder von der SED-Führung beabsichtigt noch wurde er von Günter Schabowski bekanntgegeben: Daran kann m. E. kein Zweifel bestehen. Politik, Militär und Geheimdienste in Ost und West konnten dementsprechend keine Vorinformationen besitzen; sie alle wurden davon völlig überrascht.

I.

Ein kurzer Blick zurück:

Die Dynamik für die Entwicklung bis zum Herbst 1989 ging in der DDR zunächst weniger von den Aktivisten der Bürgerbewegung aus, sondern wurde von der Ausreisebewegung - und der Fernsehberichterstattung darüber - ausgelöst: den mehr als 100.000 Antragstellern auf eine Ausreise aus der DDR und ihren Aktionen, vor allem den ihre Ausreise fordernden Besetzern der

Ständigen Vertretung in Ost-Berlin und der Botschaften in Warschau, Prag und Budapest.

Es waren der Grenzdurchbruch während des Paneuropäischen Picknicks in Sopron am 19. August 1989, die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze für DDR-Bürger am 10./11. September 1989 und die danach einsetzende Massenausreise, die die Voraussetzungen für den Übergang zum Massen-Protest in der DDR schufen.

Erstmals am 18. September beteiligten sich mehr als 1.000 Menschen an der Leipziger Montagsdemonstration, am 25. September waren es 5.000, am 2. Oktober 15.000 und am 9. Oktober schließlich 70.000.

Die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze verschob ganz entscheidend das Machtverhältnis zwischen Regime und Bevölkerung. Erst die Ausreisebewegung erzeugte in der DDR eine breiter werdende Gegenbewegung derjenigen, die bleiben wollten und zum ersten Mal die Chance sahen, dafür dem Regime Bedingungen zu stellen: „Wir bleiben hier, aber nur, wenn es nicht so bleibt, wie es ist“, lautete eine frühe Leipziger Demonstrations-Losung.

Die neu eröffnete Möglichkeit der Ausreise über Ungarn ließ sich als Druck- und Drohmittel einsetzen, um für das Dableiben in der DDR einen politischen Preis zu verlangen. Die Flucht- und Ausreisebewegung schwächte das politische Widerstandspotential nicht länger, sondern gab ihm eine gesellschaftliche Berechtigung.

Die Massenausreise über Ungarn unterminierte in nie dagewesener Weise die Staatsautorität und wurde zur Voraussetzung und Bedingung des sich erst danach entfaltenden Massenprotests ...

... zunächst in Dresden, dann in Karl-Marx-Stadt und Plauen und schließlich in Ost-Berlin und Leipzig ...

II.

Der zunehmende Druck der Demonstrationen - aber auch von SED-Parteimitgliedern - trieben die SED-Führung in hektische Aktionen. Am 17. Oktober 1989 wurde Erich Honecker im Politbüro von einer Koalition reformorientierter und erzkonservativer Kräfte gestürzt.

Sein Nachfolger Egon Krenz kündigte eine „Wende“ an.

Doch statt der erhofften Stabilisierung der Macht begann der rapide Zerfall der SED-Diktatur.

Denn unbeeindruckt von dem Führungswechsel an der Spitze der SED setzte sich die Ausreisewelle fort; bis zu zweitausend DDR-Bürger passierten nach dem 18. Oktober täglich die ungarisch-österreichische Grenze. Auch die Zahl der Demonstrationen flaute nicht ab.

Die Protestbewegung rechnete die Ablösung Honeckers nicht der Reformbereitschaft der Parteiführung zu, sondern betrachtete sie als Zurückweichen des Regimes vor dem Druck der Straße, der durch seinen Erfolg eine nachträgliche Berechtigung und weiteren Ansporn erfuhr.

Konsequenterweise wurde dieser Druck verschärft, um weitergehende Forderungen durchzusetzen.

Ende Oktober, Anfang November wurde die Lage in der DDR explosiv. Die Demonstrationen gegen die SED breiteten sich über das ganze Land aus und erreichten auch die Kleinstädte.

Hunderttausende Menschen forderten freie Wahlen, die Zulassung von Oppositionsgruppen und immer wieder und überall: Reisefreiheit.

Zum Hauptproblem der SED-Führung wurde zudem – und zwar hinter den Kulissen, nichts davon drang nach außen – immer mehr die wirtschaftliche Situation in der DDR.

Am 31. Oktober 1989 lag dem SED-Politbüro eine streng geheime Analyse zur ökonomischen Lage der DDR vor. Ihr Ergebnis: das Produktionspotential war verschlissen, die Zahlungsunfähigkeit gegenüber dem Westen drohte, der Bankrott stand kurz bevor. Eine sofortige Senkung des Lebensstandards um 25 bis 30 Prozent wäre erforderlich, so hieß es; sie wurde jedoch aus Furcht vor einem Aufstand als politisch nicht durchführbar betrachtet.

Der Lösungsvorschlag, um die DDR vor dem Bankrott zu bewahren, lautete: Der Bundesregierung solle für die Gewährung neuer Kredite in einer Höhe von 12 bis 13 Milliarden D-Mark und eine erweiterte wirtschaftliche Kooperation die Durchlässigkeit der Mauer als letztes Tauschmittel angeboten werden.

Wirtschaftliche Hilfe von der Sowjetunion, erfuhr Egon Krenz am 1. November 1989 wenig überraschend von Michail Gorbatschow, war von Moskau nicht mehr zu erwarten.

Die letzte Hoffnung auf eine ökonomische Stabilisierung der DDR richtete sich deshalb auf die Bundesregierung. Am 6. November reiste der DDR-

Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski in geheimer Mission nach Bonn.

Sein Auftrag: mit CDU-Innenminister Wolfgang Schäuble und Kanzleramtsminister Rudolf Seiters über einen umfassenden Ausbau der innerdeutschen Beziehungen zu verhandeln. Im Mittelpunkt standen dabei Kreditwünsche der DDR in Höhe von 12 bis 13 Milliarden DM.

Die dringlichste Bitte von Schalck aber war, dass sich die Bundesregierung kurzfristig an der Finanzierung des mit einem Reisegesetz zu erwartenden erweiterten Reiseverkehrs beteiligen sollte, wobei es um eine Größenordnung von 3,8 Milliarden DM ging (je 300 DM für - angenommene - 12,5 Millionen Reisende pro Jahr).

Die Ausarbeitung eines solchen Reisegesetzes hatte Krenz bereits bei seinem Machtantritt versprochen.

Doch die Staatssicherheit bremste in dieser Frage, weil sie befürchtete, dass dann weitere Hunderttausende die DDR verließen. Und die Plankommission erhob Einwände, weil kein Geld da war, um die Reisenden mit Devisen auszustatten.

Heraus kam ein am 6. November im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ Gesetzentwurf,

- der für ständige Ausreisen und Privatreisen gleichermaßen „Versagungsgründe“ enthielt, die nicht eindeutig und nachprüfbar definiert waren und der Behördenwillkür großen Spielraum ließen;
- der den Gesamtreisezeitraum auf dreißig Tage pro Jahr beschränkte und
- der die Finanzierungsfrage der Reisen ungelöst ließ.

Die Bundesregierung zeigte sich sowohl hinsichtlich der Kreditwünsche wie der Finanzierung der Reisen gesprächs- und verhandlungsbereit, knüpfte ökonomisches Entgegenkommen jedoch an politische Bedingungen.

Wenn die SED auf ihr Machtmonopol verzichte, unabhängige Parteien zulasse und freie Wahlen verbindlich zusichere, teilte Seiders Schalck schon am 7. November mit und gab Bundeskanzler Helmut Kohl am Morgen des 8. November in der Debatte des Bundestages zur Lage der Nation öffentlich bekannt, sei die Bundesregierung bereit, „über eine völlig neue Dimension unserer wirtschaftlichen Hilfe zu sprechen.“

Die Bedingungen des Kanzlers entsprachen den Forderungen der Demonstranten in der DDR.

Die SED war mittlerweile zu fast allem bereit - doch zu ihrem Unglück war die Bonner Verhandlungsschiene durch einen Staatsbesuch des Kanzlers in Polen bis zum 14. November blockiert.

Bis dahin war die SED-Spitze auf sich allein gestellt, während der Druck im Innern unaufhörlich stieg.

„In dreißig Tagen um die Welt - ohne Geld“, höhnten die Demonstranten auf der Leipziger Montagsdemonstration und forderten: „Visafrei - bis Schanghai! Wir brauchen keine Gesetze, die Mauer muss weg“ und schließlich radikal: „Die SED muss weg!“

Dann trat auch noch außenpolitischer Druck hinzu:

Zum 1. November hatte die SED-Führung die Reisesperre in die CSSR wieder aufgehoben – Streikdrohungen hatten sie dazu veranlasst.

Umgehend glich Prag wie schon Ende September einem Durchgangslager für ausreisewillige Ostdeutsche. Auf Verlangen der CSSR-Regierung gestattete das SED-Politbüro DDR-Bürgern vom 4. November an die Ausreise in die Bundesrepublik über die CSSR: die Mauer hatte nach Ungarn ein zweites Loch.

Innerhalb weniger Tage gingen 50.000 DDR-Bürger diesen neuen Weg. Die CSSR erhob nun in Ost-Berlin schärfsten Protest gegen die Völkerwanderung durch ihr Land und ersuchte die SED förmlich, die Ausreise von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik „direkt und nicht über das Territorium der CSSR“ abzuwickeln.

III.

Aufgeschreckt vor allem durch die Proteste der CSSR erteilte das Politbüro dem Ministerrat den Auftrag, kurzfristig eine Reiseverordnung auszuarbeiten.

Beabsichtigt war, ständige Ausreisen – also die Übersiedlung in die Bundesrepublik – zu genehmigen, aber erst nach einem entsprechenden Antrag. Besuchsreisen sollten – ebenfalls auf Antrag – bis zu dreißig Tagen pro Jahr genehmigt werden, jedoch an die Erteilung eines Visums und den Besitz eines Reisepasses gekoppelt werden.

Der Trick dabei war:

Einen Reisepass besaßen nur etwa vier Millionen Bürger, nämlich die Rentner; alle anderen, so das Kalkül, mussten zunächst einen Pass beantragen und sich dann noch einmal mindestens vier Wochen gedulden. Einem sofortigen Aufbruch aller Bürger, so meinte man, war damit ein Riegel vorgeschoben. Die neue Reiseverordnung sollte erst am 10. November ab vier Uhr früh bekannt

gegeben werden, um v. a. die Mitarbeiter des Pass- und Meldewesens auf den erwarteten Massenansturm vorzubereiten.

Am Nachmittag des 9. November stimmten Politbüro und Zentralkomitee dem Entwurf zu. Egon Krenz übergab das Papier Günter Schabowski. Er beauftragte ihn, darüber auf einer für 18 Uhr anberaumten Pressekonferenz zu informieren.

Schabowski war nicht dabei, als das Politbüro die Reiseverordnung in den Mittagsstunden bestätigte. Auch als Krenz die Reiseregelung dem Zentralkomitee vorlas, war er nicht im Saal. Er kannte deshalb weder den Wortlaut des Papiers noch wusste er etwas von einer Sperrfrist.

Am Ende seiner Pressekonferenz, die live vom DDR-Fernsehen übertragen wurde, las er die Reiseregelung von dem Zettel ab, den Krenz ihm übergeben hatte.

Danach sollen DDR-Bürger nicht nur ständige Ausreisen, sondern auch Privatreisen ohne Vorliegen der bis dahin geforderten Voraussetzungen beantragen können, die Genehmigungen würden kurzfristig erteilt. Ständige Ausreisen könnten über alle Grenzübergänge der DDR zur Bundesrepublik bzw. Berlin-West erfolgen.

„Wann tritt das in Kraft?“, fragte ein Journalist. Schabowski wirkte hilflos, denn „diese Frage“, so das Politbüro-Mitglied später, „war mit mir zuvor nie besprochen worden“. Er kratzte sich am Kopf und überflog das Papier.

Den Schlusssatz des Ministerrat-Beschlusses, der festlegte, dass die Pressemitteilung erst am 10. November bekannt gegeben werden sollte, übersah er.

Seine Augen blieben gleich am Anfang an den Worten „sofort“ und „unverzüglich“ hängen. So formulierte er als knappe Antwort: „Sofort, unverzüglich!“ Wenige Minuten später, um 19.01 Uhr, war die Pressekonferenz beendet.

Gemessen an den damit verbundenen Absichten wurden Schabowskis Mitteilungen zum Super-GAU in der Geschichte der Pressekonferenzen.

IV.

Zu einem spontanen, sofortigen Ansturm auf die Berliner Grenzübergänge führten Schabowskis Mitteilungen indes nicht – wie bis heute fälschlich angenommen wird.

Vielmehr interpretierten die West-Medien, zunächst die Presse-Agenturen, und auf deren Meldungen beruhend Hörfunk und Fernsehen, den bürokratischen Verordnungstext als bedingungslose und sofortige Grenzöffnung.

So meldete AP bereits um 19.05 Uhr: *„DDR öffnet Grenze.“*

Kurz vor Beginn der ARD-„Tagesschau“, um 19.41 Uhr, übertrumpfte DPA die AP-Meldung, stellte die Ankündigung Schabowskis als bereits vollzogene Tatsache dar, und verkündete „Sensationelles“: *„Die DDR-Grenze zur Bundesrepublik und nach West-Berlin ist offen.“*

Die „Tagesschau“ um 20.00 Uhr platzierte die Reiseregung als Top-Meldung. „DDR öffnet Grenze“, lautete die eingeblendete Schrift, zu der

Nachrichtensprecher Joe Brauner dann die bürokratisch verklausulierten Kernsätze des Verordnungstextes verlas.

Dennoch: Um 20.15 Uhr, 75 Minuten nach der Pressekonferenz Schabowskis und unmittelbar nach dem Ende der „Tagesschau“, hatten sich gerade einmal achtzig Ost-Berliner an den Grenzübergängen Sonnenallee (acht bis zehn Menschen), Invalidenstraße (zwanzig) und Bornholmer Straße (fünfzig) zur „Ausreise“ eingefunden, wie der Lagebericht der Ostberliner Volkspolizei festhielt.

Ohne jegliche Information und ohne Befehle ihrer militärischen Führung – die Fernsehberichterstattung hatte den Dienstweg überholt – sahen sich die Grenzposten auf Ost-Berliner Seite zunächst vor allem in der Bornholmer Straße einer zwar wachsenden, aber immer noch überschaubaren Menschenansammlung gegenüber, die zwischen 21.00 und 21.30 Uhr auf 500 bis 1.000 Personen geschätzt wurde. Ganz wenige wollten ausreisen, fast alle die vermeintliche Reisefreiheit testen.

Oberstleutnant Harald Jäger, der diensthabende Leiter der Passkontrolleinheit, sah sich nicht länger in der Lage, mit seinen 14 Passkontrolleuren sowie fünf Grenzsoldaten und 16 bis 18 Zollkontrolleuren den Übergang zu halten. Neben seiner Aussichtslosigkeit stand ein Schusswaffeneinsatz für die Verantwortlichen schon aus reinem Selbsterhaltungstrieb außer Frage. „Wenn die Masse ins Rennen kommt, und wir schießen, dann hängen wir da vorne am Fahnenmast“, ist Major Manfred Sens, dem amtierenden Grenztruppen-Kommandanten des Grenzübergangs, an diesem Abend klar. Nicht einmal an Selbstverteidigung sei unter diesen Bedingungen zu denken gewesen, ergänzt Harald Jäger: „Die Leute hätten uns überrollt und mit unseren eigenen Gummiknüppeln verhauen.“

Gegen 21.30 Uhr kam es in der Bornholmer Straße zur sogenannten Ventillösung: Um den Druck abzubauen, wurde die Ausreiseabfertigung aufgenommen. Die Personalausweise der DDR-Bürger wurden mit einem Passkontrollstempel neben dem Lichtbild ungültig gestempelt. Ohne es zu wissen, waren die ersten Ost-Berliner, die jubelnd über die Bornholmer Brücke nach West-Berlin liefen, ausgebürgert worden.

Mit einem Ansturm auf alle Berliner Grenzübergänge rechnete man im Ministerium für Staatssicherheit, das für diese Entscheidung zuständig war, offenbar nicht: Außer in der Bornholmer Straße und am Übergang Heinrich-Heine-Straße, an dem laut Volkspolizei-Bericht gegen 21.30 Uhr 120 Personen auf der Ostseite zusammengekommen waren, waren um diese Zeit „an den übrigen GÜST [Grenzübergängen] nur vereinzelt Personen festzustellen“. Stasi-Generalmajor Heinz Fiedler beruhigte sich und seine Genossen an den Übergängen mit den Worten: „*Wie ich meine Berliner kenne, gehen die um 23.00 Uhr ins Bett.*“

Doch von dieser Gewohnheit sollten an diesem Abend zu viele Ost-Berliner Abstand nehmen.

Höhepunkt der Fernseh-Berichterstattung waren die ARD-„Tagesthemen“, die an diesem Abend leicht verspätet um 22.42 Uhr begannen. Ein Einspielfilm zeigte die nahezu menschenleere Westseite des Brandenburger Tores.

Chefmoderator Hanns Joachim Friedrichs verkündete dazu: „*Das Brandenburger Tor heute Abend. Als Symbol für die Teilung Berlins hat es ausgedient. Ebenso die Mauer, die seit 28 Jahren Ost und West trennt. Die DDR hat dem Druck der Bevölkerung nachgegeben. Der Reiseverkehr in Richtung Westen ist frei.*“

Dann kam Friedrichs ins Bild und beendete seine An-Moderation mit den Sätzen: *„Im Umgang mit Superlativen ist Vorsicht geboten, sie nutzen sich leicht ab. Aber heute Abend darf man einen riskieren: Dieser neunte November ist ein historischer Tag. Die DDR hat mitgeteilt, dass ihre Grenzen ab sofort für jedermann geöffnet sind. Die Tore in der Mauer stehen weit offen.“*

Doch Friedrichs Ansage eilte den Ereignissen voraus: Entgegen der von ihm behaupteten Tatsache zeigte ein gegen 22.00 Uhr fertig gestellter Einspielfilm der Berliner Redaktion, dass zumindest an den gefilmten Grenzübergängen in der Heinrich-Heine-Straße und am Checkpoint Charlie absolute Ruhe herrschte.

Dann wurde nach Berlin geschaltet. „Tagesthemen“-Reporter Robin Lautenbach meldete sich live vom Grenzübergang Invalidenstraße, dessen Tor ebenfalls unübersehbar geschlossen war. Doch drei West-Berliner Augenzeugen, die zuvor am Grenzübergang Bornholmer Straße gewesen waren und die Lautenbach dann interviewte, halfen ihm und Friedrichs aus der Patsche.

In Unkenntnis der Ausbürgerungsabsichten der DDR-Seite berichtete ein Augenzeuge: *„Ich habe erlebt, dass um 21.25 Uhr das erste Pärchen tränen aufgelöst auf uns zugelaufen kam und die Berliner weiße Linie erreicht hat. Sie sind mir beide um den Hals gefallen und wir haben alle gemeinsam geweint.“* Und die beiden anderen Augenzeugen ergänzten unter anderem, Ost-Berliner gingen hin und her, sie bräuchten nur den Personalausweis – in den es einen Stempel gäbe!

Robin Lautenbach deklarierte umgehend den geschlossenen Übergang Invalidenstraße zum Ausnahmefall: *„Hier in der Invalidenstraße auf der anderen Seite haben die Grenzpolizisten offenbar diese Weisung noch nicht bekommen oder sie haben sie nicht verstanden. Hier werden bis zu diesem*

Zeitpunkt offenbar die Leute auf der östlichen Seite weiter zurückgeschickt. Sie werden getröstet auf morgen, 8.00 Uhr, dass sie sich dort ihren Stempel bei der Volkspolizei abholen können.

Aber wie gesagt, an sehr vielen anderen Grenzübergängen, nicht nur in der Bornholmer Straße – wir haben es auch gehört von der Sonnenallee und vom Ausländergrenzübergang Checkpoint Charlie – ist es offenbar bereits möglich, mit dieser neuen Regelung völlig komplikationslos nach West-Berlin zu kommen. – Damit gebe ich zurück zum „Tagesthemen“-Studio.“

„Reiseverkehr frei“? – „Tore in der Mauer weit offen“? – „Völlig komplikationslos nach West-Berlin“? Nach diesen Berichten gab es für Tausende, ja Zehntausende Ost- und West-Berliner sowie Bewohner des Umlandes kein Halten mehr. Erst jetzt begann jener Ansturm auf die Grenzübergänge, der Passkontrolleure und Grenzsoldaten zwang, das Stempeln einzustellen, die Durchlässe freizugeben und den Rückzug anzutreten.

„Wir fluten jetzt!“, kündigte der leitende Offizier der Passkontrolle in der Bornholmer Straße gegen 23.30 Uhr an; dann wurden die Schlagbäume geöffnet und Abertausende strömten von Ost nach West.

Bis Mitternacht gaben die Grenzwächter dem Druck der Menschen auch an den übrigen innerstädtischen Grenzübergängen nach und ließen die Ost-Berliner zumeist unkontrolliert passieren. Die Grenzübergänge Invalidenstraße und Checkpoint Charlie wurden von beiden Seiten friedlich „gestürmt“.

Auch die Kontrollpunkte im Berliner Umland waren kurz nach Mitternacht ohne Kontrollen passierbar.

Später in der Nacht wurde die Mauer am Brandenburger Tor zunächst vom Westen aus bestiegen und besetzt, dann das Wahrzeichen der geteilten Stadt und

der Pariser Platz von Ost und West erobert – das symbolträchtigste Ereignis der Nacht, das aus der Öffnung der Grenzübergänge den Fall der Mauer werden ließ.

Jene Fernsehzuschauer und Rundfunkhörer, die den historischen Moment nicht verpassen und eigentlich nur mal „gucken“ und dabei sein wollten und deshalb an die Grenzübergänge und das Brandenburger Tor eilten, führten im Grunde das Ereignis erst herbei, das sonst gar nicht stattgefunden hätte. Eine von den Medien verbreitete Fiktion mobilisierte die Massen und wurde dadurch zur Realität.

V.

„Wer hat uns das bloß eingebrockt?“, klagte Egon Krenz am Morgen des 10. November im Politbüro. Anfängliche Hoffnungen der SED-Spitze, mit zivilen Mitteln einen geordneten Reiseverkehr mittels Pass und Visum an den Grenzübergängen durchsetzen zu können, gingen nicht in Erfüllung.

In den Mittagstunden des 10. November wurden noch Eliteeinheiten der NVA um Berlin in „Erhöhte Gefechtsbereitschaft“ versetzt und die Staatssicherheit in der ganzen DDR alarmiert - zum Einsatz kamen die „bewaffneten Organe“ nicht mehr.

Es gab kein Zurück hinter die Fernsbilder der Nacht, die in Sondersendungen auf allen Westkanälen ununterbrochen liefen.

Die Realität hatte die Fiktion der Medien sogar noch überholt: Die DDR-Bürger hatten die Angst vor der Mauer verloren. Sie respektierten die Grenze „ihres“ Staates nicht länger und erzwangen den unkontrollierten Grenzübertritt.

Mit dem Verlust der Kontrolle über die Grenze aber verlor das SED-Regime die Machtressource, mit der es ihm 1961 gelungen war, die weitere Existenz der DDR zu sichern und seine Anerkennung im Innern zu erzwingen.

Der Mauerfall beschleunigte den Zusammenbruch der DDR exponentiell. Die SED-Führung war paralysiert, Moskau konsterniert - aber die sowjetischen Truppen griffen nicht ein.

Unter dem anhaltenden Druck der Massendemonstrationen und der fortgesetzten Massenausreise in die Bundesrepublik zerfielen innerhalb weniger Wochen die zentralen Parteistrukturen; Politbüro, ZK-Sekretariat und Zentralkomitee lösten sich selbst auf. Ohne die Steuerungszentrale der Partei zerbröselten die staatlichen Machtstrukturen.

Mit dem Mauerdurchbruch hatte das Volk der Partei- und Staatsführung das letzte Faustpfand für gleichberechtigte Verhandlungen mit der Bundesrepublik aus der Hand geschlagen – wenn man so will: die letzte kreditwürdige Immobilie der DDR.

„Das Volk“, so der lakonische Kommentar Alexander Schalcks zum Mauerfall zehn Jahre später, „ist praktisch der Führung zugekommen.“

Der Fall der Mauer steht als Symbol für das Ende des Kalten Krieges, für die Aufhebung der Teilung Deutschlands und des europäischen Kontinents. –

Und das Besondere ist:

Der Mauerfall ist das erste welthistorische Ereignis, das als Folge der vorausseilenden Verkündung durch Fernsehen und Hörfunk eintrat.